

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 38 (1958-1959)
Heft: 4

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Eine Stimme gegen Albert Schweitzer

*In der Ende Mai erschienenen englischen Fassung der vom angesehenen norwegischen Publizisten Trygve J. B. Hoff (Oslo) herausgegebenen Wochenzeitung *Farmand* ist unter dem Titel *Schweitzer goes further* eine kritische Stellungnahme zum letzten Appell des großen Menschenfreundes abgedruckt. Wir geben im folgenden diese Darlegungen in leicht gekürzter Fassung wieder.*

Der Mut, mit dem Albert Schweitzer zu seinen Überzeugungen steht, gereicht ihm zur Ehre. Aber der Nimbus, der seine Persönlichkeit umgibt und der seinen Äußerungen den Anschein der Unfehlbarkeit verleiht, soll uns nicht hindern, seine Ansichten zum Atomproblem als einen einfachen, gut gemeinten Beitrag zu einer ernsthaften Auseinandersetzung einzuschätzen.

Es muß zunächst klar gemacht werden, daß der kürzliche Appell Albert Schweitzers eine Parteinahme darstellt, wie sie deutlicher nicht auszudenken ist. So erwähnte er etwa den «ersten Schritt» im sowjetischen Abrüstungsplan, wonach die Kernwaffenversuche unverzüglich einzustellen seien. «Man möchte meinen, daß es allen Parteien leicht fallen sollte, diese Forderung zu unterschreiben», sagte Albert Schweitzer und tadelte die Vereinigten Staaten und Großbritannien, weil es ihnen «schwer falle, dem Vorschlag zuzustimmen».

Nun hat aber die Sowjetunion soeben die längste je durchgeführte Reihe von Atom- und Wasserstoffexplosionen beendet. Das erwähnt Albert Schweitzer nicht. Der Westen hat sich einmal mehr zu einer kontrollierten (als der in der geteilten Welt einzig möglichen) Abrüstung bereit erklärt. Die Sowjetunion hat es abgelehnt, sich an der Abrüstungskommission der Vereinigten Nationen zu beteiligen. Sie hat die westlichen Vorschläge einer Kontrolle, welche konven-

tionelle so gut wie Kernwaffen erfassen sollte, verächtlich zurückgewiesen. All das erwähnt Albert Schweitzer nicht. Er beschränkt sich vielmehr darauf, die schwülstigen und propagandistischen Forderungen der Russen nach unverzüglicher Einstellung der Atomversuche zu erwähnen.

Albert Schweitzer übersieht die politische, ideologische und militärische Wirklichkeit des Atomproblems. Deshalb wird dessen Lösung für ihn so verführerisch einfach. Seine ideale, im Reich der Unwirklichkeit beheimatete Forderung geht dahin, daß der Osten wie der Westen auf weitere Atomversuche verzichten müßten. Aber anstatt sich damit zu begnügen, geht er noch weiter und verläßt den Boden der Tatsachen, indem er versucht, die Furcht vor der Strahlungsgefahr und vor der Radioaktivität auszunützen. Hier hört Albert Schweitzer auf, ein Streiter im Reich der Unwirklichkeit zu sein und wird zu einem Wortführer im Reich der Propaganda.

Ein Atomkrieg würde ohne Zweifel in eine Katastrophe ausmünden. Aber die Diskussion dreht sich nicht darum. Albert Schweitzer will vielmehr der Ansicht zum Durchbruch verhelfen, die durch die Kernexplosionen entstehende Gefahr sei heute so groß, daß der Westen diesen Versuchen unverzüglich und um jeden Preis Einhalt gebieten müsse. Und die Gefahr, auf die er hinweist, ist nicht die *wirkliche* Gefahr, welche

verschwindend klein ist, sondern die *potentielle*. Es herrscht keine Einstimmigkeit darüber, wie groß diese Gefahr ist. Aber jenes Argument, das lächerlich zu machen sich Albert Schweitzer alle Mühe gibt: daß nämlich das Leuchtzifferblatt einer Uhr für ein Individuum gefährlicher sei als die radioaktiven Abfälle aller bisherigen Versuchsexplosionen zusammen genommen — dieses Argument bleibt doch eine der wesentlichen, wissenschaftlich erhärteten Tatsachen in dieser Diskussion.

Die Wahrheit scheint zu sein, daß das Ausmaß dieser hypothetischen Gefahr eine Ansichtssache ist. Ein Wissenschaftler wird sie wahrscheinlich verneinen, während der Laie aus dem oft widerspruchsvollen Beweismaterial der Wissenschaftler wohl andere Schlüsse ziehen wird. Es gibt so zwei Kategorien der «beweisenden» Argumente: diejenigen, welche auf das Maximum, und diejenigen, welche auf das Minimum der potentiellen Gefahren hinweisen. Albert Schweitzer entscheidet sich ohne Zurückhaltung für das Maximum.

Die Propaganda der «maximalen Gefahr» ist unglücklicherweise gegen die Verteidigungspolitik der freien Welt ausgenützt worden; nicht aber gegen jene der totalitären Welt hinter dem eisernen Vorhang, deren überwachte Propaganda nicht aus Warnungen vor der Gefahr, sondern aus prahlerischer Verherrlichung ihrer eigenen atomaren Macht besteht. Gewollt oder ungewollt erzielt das Argument der «maximalen Gefahr» die äußerst gefährliche Wirkung, daß es die sehr reale und konkrete Gefahr des Kommunismus in der Sowjetunion mit der potentiellen und hypothetischen Gefahr der Radioaktivität überschattet.

Albert Schweitzer wägt diese Gefahr nicht gegen jene des Kommunismus ab. Aber gerade hier liegt das Problem: Wie kann man sich der Atomwaffen entledigen, ohne daß der Kommunismus mit seinen konventionellen (oder geheim gehaltenen atomaren) Waffen zur Weltherrschaft gelangt? Die Ein-

stellung zu dieser Frage hängt davon ab, wie man die kommunistische Gefahr einschätzt. Hält man sie für so bedrohlich, wie der Kommunismus sich selber hinstellt, so wird man auch bereit sein, das Risiko der atomaren Bereitschaft hinzunehmen. Dieses Risiko reicht niemals an das Wagnis heran, das eine einseitige Abrüstung bedeuten würde, ohne daß ein Abkommen bestünde, durch welches die Sowjetunion sich selber einer scharfen Kontrolle unterstellte.

Wer andererseits im Kommunismus keine Gefahr sieht, gelangt ganz natürlich dazu, die potentiellen Gefahren radioaktiver Strahlen aufs höchste zu steigern. Bis zu welchem Grade solche Leute politisch beeinflußt sind, ist unmöglich zu sagen, aber es ist immerhin bemerkenswert, daß Dr. Linus Pauling, der Wissenschaftler, den Albert Schweitzer triumphierend zitiert, schon vor dem Kriege die Sache der Linken verfocht.

Man mag zu bedenken geben, daß Albert Schweitzers Äußerungen in der Atomdebatte nicht mehr als eine persönliche Stellungnahme seien und mit dem Altruismus und mit der humanen Denkweise übereinstimmen, wofür er fort und fort gepriesen wird. So mag es sich verhalten; aber in diesem Fall ist seine Stellungnahme ein erschreckender Beweis dafür, wie eng sein Begriff von der «Achtung vor dem Leben» in Wirklichkeit ist. Wenn «Achtung vor dem Leben» nur bedeutet, daß die Hauptaufgabe der Menschheit in der Fortführung ihrer biologischen Existenz bestehe, dann ist es eine Parole, die für die freie Welt viel gefährlicher ist als Kommunismus und Radioaktivität zusammen.

Alle Lebewesen empfinden in der einen oder anderen Form eine gewisse Achtung vor dem Leben. Was aber den freien Menschen auszeichnet, ist, daß er Achtung vor den Werten zeigt, von welchen er glaubt, daß sie das Leben lebenswert machen: die Freiheit, die Gerechtigkeit und die Unantastbarkeit des Individuums.

Über den Judenhaß

Ein Wort von Hermann Hesse an die deutsche Jugend

(Geschrieben 1958 auf Ersuchen einer deutschen Jugendorganisation)

Der primitive Mensch haßt das, wovor er sich fürchtet, und in manchen Schichten seiner Seele ist auch der zivilisierte und gebildete Mensch ein Primitiver. So beruht auch der Haß von Völkern und Rassen gegen andere Völker und Rassen nicht auf Überlegenheit und Stärke, sondern auf Unsicherheit und Schwäche. Der Haß gegen die Juden ist ein verkleidetes Minderwertigkeitsgefühl: dem sehr alten und sehr intelligenten Volk der Juden gegenüber empfinden die weniger klugen Schichten einer andern Rasse Konkurrenzneid und beschämende Unterlegenheit, und je lauter und heftiger dies üble Gefühl sich als Herrentum aufspielt, desto gewisser steckt Furcht und Schwäche dahinter. Ein wirklich Überlegener, ein wirklicher Herr wird den, dem er sich überlegen weiß, bemitleiden, vielleicht gelegentlich auch verachten, niemals aber hassen.

Wir alten Leute haben die Zeit noch erlebt, da man in Deutschland von den Judenverfolgungen in Rußland und andern Ländern nur mit Schauer und Entsetzen las und sprach. Ob man nun die Juden liebte und zu schätzen wußte oder nicht, man empfand diese Pogrome als barbarisch und menschenunwürdig. Doch reichte freilich die Verstandes- und Herzensbildung nur selten so weit, daß man den Antisemitismus auch im eigenen Volk und Staat erkannte und verurteilte, wo er sich vorläufig nicht in Schlächtereien, sondern nur in Rechtsbeschränkungen und in einem Vokabular von Spott- und Schimpfnamen für die andere Rasse äußerte.

Die scheinbar kleine Unterlassungssünde hat sich entsetzlich gerächt. Das selbe deutsche Volk, das einst die Pogrome in andern Ländern mit Schauern verdammt, hat ein paar Jahrzehnte später alle diese Scheußlich-

keiten so überboten, daß seither in vielen Ländern der Erde das deutsche Wesen für viel gefährlicher und schändlicher gilt als jemals das der Juden oder der Hunnen.

Gewiß, dies Urteil ist nicht das der Geachtetsten und Fortgeschrittensten, es ist ein Urteil des aus Furcht geborenen Hasses, wie es einst der Judenhaß der Hitlerleute war. Aber es existiert, dies Urteil, es ist eine Tatsache, und wohin solche Haßgefühle führen können, wenn sie nur etwas geheizt und organisiert werden, das haben ja die deutschen Konzentrations- und Vernichtungslager der Welt vor Augen geführt.

Zu den Aufgaben der deutschen Jugend gehört es nun, diesem Deutschenhaß durch eine vernünftige und würdige Haltung zu begegnen. Dazu gehört vor allem eine Einsicht in die Ursachen der Schande, die der Nationalsozialismus und vor allem dessen Judenvernichtungen über Deutschland gebracht haben, und eine immer wache Abkehr von den Charakter- und Denkfehlern jener Generation und ihrer Führer.

Wer heute in Deutschland noch oder wieder hitlerische und judenfeindliche Phrasen nachspricht und die Augen vor dem so unheimlich folgerichtigen Ablauf der deutschen Geschichte zwischen 1933 und 1945 verschließt, ist ein Feind seines Vaterlandes. Und wenn einem von euch Jungen das, was jeder weiß, noch nicht genügt, und wenn ihm ein Verführer mit jenen Lügenmärchen über jüdische Übeltaten kommt, mit denen Hitler und Himmler ihr Volk überschwemmten, dann denket daran, daß das, was Deutsche den Juden angetan haben, leider kein Lügenmärchen ist. Das Buch vom Dritten Reich und den Juden spricht eine Sprache, vor der jede Phrase verstummt.

Das Ende der Vierten Republik

In Frankreich ist es dank dem staatsmännisch klugen Auftreten General de Gaulles gelungen, einen Ausweg aus der Staatskrise und eine vorläufige Organisation der Regierungsgewalt zu finden, die Aussicht auf eine von breiter Zustimmung getragene Reform der Institutionen und einen friedlichen Übergang von der Vierten zur Fünften Republik eröffnet. Hatte man sich noch vor einigen Wochen einen Machtantritt de Gaulles nur in der Form einer paternalistischen Diktatur vorstellen können, so scheint ihm heute die Mehrzahl der Franzosen und der ausländischen Beobachter zuzugestehen, daß er mit seinen Forderungen nach Vollmachten für sechs Monate und nach dem Recht, dem Volk eine Verfassungsänderung zur Abstimmung vorzulegen, Maß gehalten und nur das für sich beansprucht hat, was die offenkundige Krise des parlamentarischen Regimes erforderte. Die französische Nationalversammlung, die während Jahrzehnten selbstherrlich und unbekümmert um die Folgen Regierungen eingesetzt und gestürzt hatte, mußte sich unter dem Druck der militärischen Revolte in Algier dazu bequemen, die von Ministerpräsident Pflimlin und Präsident Coty vorbereitete Berufung des Generals an die Spitze der Regierung zu akzeptieren, sich in die Ferien schicken zu lassen und de Gaulle freie Hand zur Beschneidung ihrer exzessiven Kompetenzen zu geben.

Das Übel der «Parlamentokratie», der dem Prinzip der Gewaltentrennung widersprechenden, unumschränkten Herrschaft des Parlaments, war schon vor dem Zweiten Weltkrieg offensichtlich: das System der Dritten Republik war jedoch durch die Résistance mit einer unverdienten Glorie umgeben und derart sakrosankt geworden, daß ein Abgehen von der Allmacht der Nationalversammlung in der Verfassung von 1946 unmöglich war. Diese in jeder Regierungskrise der Nachkriegszeit immer wieder verstärkte Erkenntnis hat — unter dem Druck der Rebellion — nun endlich Früchte getra-

gen und die Parteiführer davor bewahrt, um der vermeintlichen Rettung der Republik willen jenen Ausweg zu wählen, der Frankreich ins Verderben hätte führen müssen — den Ausweg in die Volksfront nämlich, die von den Kommunisten mit durchsichtigen Zielen immer wieder vorgeschlagen wurde. Das Mahnzeichen der kommunistischen Machtergreifung in Prag vom Februar 1948 hat seine Wirkung auch nach zehn Jahren nicht eingebüßt. Die Massen, die der Kommunistischen Partei ihre Stimme gaben, haben die Aufrufe zu Streiks und Massendemonstrationen mißachtet und durch ihre Passivität den ungestörten Regierungsantritt General de Gaulles ermöglicht.

De Gaulles Aufgabe in Algerien

De Gaulles erste Aufgabe war die Rückführung Algeriens zur Legalität. Die militärischen Führer der Revolte, die ihre Wünsche mit dem Machtantritt des Generals verwirklicht sahen, haben sich dem neuen Ministerpräsidenten bei seinem Besuch in Algerien unverzüglich unterstellt. Die zivilen Elemente der Wohlfahrtsausschüsse, welche die engsten Interessen der französischen Kolonisten in Algerien vertreten, stehen aber de Gaulle noch mit Vorbehalten gegenüber, und der Gegensatz wird im Moment wieder sichtbar werden, da die neue Regierung an eine Lösung des algerischen Problems herantritt. Die am 13. Mai in Algier ausgegebene Parole der «Integration», die, wie es scheint, entgegen allen Zweifeln doch eine starke Wirkung auf breite Schichten der algerischen Mohammedaner ausübt, läßt verschiedene Interpretationen zu. Soviel aus den bewußt unklar gehaltenen Äußerungen de Gaulles erkennbar ist, schwebt ihm eine Gleichberechtigung der Algerier und Franzosen innerhalb eines Algerien vor, das mit Frankreich durch ein besonderes Statut verbunden wäre. Die Exponenten der Wohlfahrtsausschüsse dagegen streben die Gleichstellung

eines in jeder Hinsicht in Frankreich aufgehenden Algerien an, was zur Folge hätte, daß die 9 Millionen Algerier gegenüber den 43 Millionen Franzosen dauernd in der Minderheit bleiben müßten. Daß de Gaulle eine Lösung sucht, die Algerien — eventuell gemeinsam mit Tunesien und Marokko — auf föderalistischer Grundlage an Frankreich binden würde, wird schon dadurch angedeutet, daß er sich beeilt hat, mit Habib Bourguiba zu einem Abkommen auf der Basis des Rückzugs der französischen Truppen aus Tunesien zu gelangen. Was den auf Linksmehrheiten beruhenden Regierungen der vergangenen Jahre, die infolge der Paradoxie des Systems nur eine Rechtspolitik in der Form der von Lacoste aufs höchste gesteigerten militärischen Repression treiben konnten, unmöglich war und ihnen als Verrat an «nationalen Interessen» zur Last gelegt worden wäre, kann de Gaulle heute tun, ohne auch nur Proteste fürchten zu müssen. Frankreich gewinnt damit in Tunis und Rabat neues Vertrauenskapital, das sich bereits in einer stärkeren Zurückhaltung gegenüber dem vom FLN gehegten Projekt einer algerischen Exilregierung auswirkt.

Erneuerung des Kominformkonflikts

Der Gegensatz zwischen Moskau und Belgrad hat sich erneut zur vollen Schärfe des Kominformkonflikts von 1948 ausgewachsen. Es begann mit ideologischen Angriffen, die zuerst von chinesischer Seite vorgetragen wurden. Dann folgte die Sperrung der Jugoslawien gewährten Handelskredite, die mit dem Vorwurf verknüpft wurde, Tito habe sich zum Werkzeug der westlichen Kapitalisten gemacht, was Belgrad um so mehr verbitterte, als Chruschtschew gleichzeitig in einem Brief an Eisenhower die Erweiterung der sowjetisch-amerikanischen Handelsbeziehungen vorschlug und Kredite für den Bezug amerikanischer Industrieprodukte wünschte. Den stärksten Schlag gegen Tito aber bildete die Hinrichtung Imre Nagys, Pal Maleters und zweier weiterer Führer des un-

garischen Volksaufstandes von 1956, deren Begründung eine auffallende antijugoslawische Tendenz verriet und lebhaft an den von Stalin zur Diskreditierung Jugoslawiens angestrebten und, wie sich später erwies, in allen Teilen fabrizierten Rajk-Prozeß erinnert. Man kann mit Sicherheit annehmen, daß die Mitteilung des ungarischen Justizministeriums über das geheime Verfahren in Moskau oder nach Anweisungen aus Moskau verfaßt wurde und im Zusammenhang mit den innern Auseinandersetzungen im Kreml steht. Das zeitliche Zusammenfallen der Bekanntgabe des Bluturteils mit der Note Chruschtschews vom 11. Juni an die Westmächte, die das Ende der sowjetischen Bemühungen um eine «Gipfelkonferenz» ankündigt, läßt ahnen, daß auch diese außenpolitische Entscheidung vor dem gleichen Hintergrund gesehen werden muß. Auch in Moskau wird man sich darüber klar sein, daß die Hinrichtung der ungarischen Patrioten, unter Mißachtung eines mit Jugoslawien abgeschlossenen Abkommens, vom Westen als ein Rückfall in die ärgsten Terrormethoden der Ära Stalins aufgefaßt wird und seine Bereitschaft, ein Gespräch zu eröffnen und der Unterschrift der Sowjetregierung Vertrauen zu schenken, keineswegs gefördert hat. Den Befürwortern einer einseitigen Atomabrüstung des Westens, die sich auf Vereinbarungen mit der Sowjetunion über atomfreie Zonen und dergleichen verlassen zu können glauben, werden nun vielleicht doch, wenn sie sich von Realitäten überhaupt noch etwas sagen lassen, gewisse Zweifel aufsteigen. Angesichts der Unverfrorenheit und krassen Verlogenheit, mit der die Anklagen gegen Imre Nagy konstruiert worden sind, ist es müßig, davon zu sprechen, daß die in Europa stationierten Atomwaffen der Sowjetunion einen Vorwand zum Angriff bieten würden. Die Sowjetunion ist, wie der Fall Nagy zeigt, nicht auf Tatsachen angewiesen, wenn sie für ihre Aktionen einen Vorwand braucht.

Gefahren im östlichen Mittelmeer

Auf Cypern ist es zu einer neuen Terrorwelle gekommen. Die Angriffe der griechisch-cypriotischen Untergrundorganisation EO-KA auf die britischen Sicherheitskräfte und auf Cyprioten, die mit ihnen zusammenarbeiteten, haben jedoch nun Ausschreitungen der türkischen Minderheit gegen die griechische Bevölkerung Platz gemacht. Die cypriotischen Türken verlangen in Übereinstimmung mit der Regierung von Ankara die Teilung der Insel; und die Volksmassen von Istanbul haben das Schlagwort «Die Teilung oder den Tod!» in drohenden Demonstrationen übernommen. Nur ein starkes Aufgebot von Militär und Polizei verhinderte, daß sich die Erregung in neuen Angriffen auf Griechen und griechisches Eigentum Luft machte, wie sie in der Türkei seit der blutigen Austreibung der Griechen aus dem westlichen Kleinasien nach dem Ersten Weltkrieg immer wieder vorkamen. Die britische Schutzmacht sieht sich heute, nachdem sie einen für Griechenland halbwegs

annehmbaren Kompromiß mit einer beschränkten Autonomie der Insel gefunden zu haben glaubte, in einen scharfen Konflikt mit der Türkei verwickelt. Da die türkische Hilfspolizei plötzlich unbrauchbar wurde, war London gezwungen, starke Truppenverbände auf dem Luftweg nach Cypern zu verlegen, was ihr von Kairo sofort als Absicht zur Intervention im Libanon ausgelegt wurde, wo der Aufstand gegen das prowestliche Regime Präsident Chamouns weitergeht. Die Nahtstelle zwischen Atlantikpakt und Bagdadpakt ist in zweifacher Hinsicht bedroht: durch den griechisch-türkischen Konflikt und durch den als innenpolitische Revolte getarnten Angriff der Nasser-Republik auf Libanon. Die USA, denen im östlichen Mittelmeer ein großer Teil der Verantwortung zukommt, stehen vor dem heiklen Problem, das Ob und Wie eines Eingreifens mit militärischen Mitteln vor dem Hintergrund der sowjetischen Präsenz in Syrien und im Lichte der Erfahrungen von Suez abzuwägen.

Nemo

Notizen aus dem Indien von heute

Die folgenden Seiten geben Eindrücke einer Indienreise wieder. Es sind Stichworte, die Beobachtetes und Gehörtes festhalten auf der Suche, dem modernen Leben dieses nicht nur geographisch fernen Ostens nahe zu kommen.

In Bombay habe ich mit dem indischen Kontinent und seinen Bewohnern den ersten Kontakt gewonnen. Wir wohnten bei Freunden, einer gutgestellten Familie der Gesellschaft. Sie erwarteten uns am Flugplatz, neben ihnen ein amerikanischer Wagen und zwei Chauffeure, Zwillinge, wie ich sah: das erste Beispiel einer sozusagen feudalen Dienerschaft. Wir bahnten uns mit Mühe einen Weg durch die Menge der Bettler, die, ausgemergelt und in Lumpen, mit großem Geschick die Bestürzung der Ankömmlinge vom Ausland ausnützen. Es brauchte die un-

beugsame Autorität unserer Freunde, um uns aus ihrem Haufen zu befreien. Am Abend nahmen wir unser erstes indisches Essen ein, in einer Tafelrunde von Hindus und Mohammedanern. Ich erinnerte mich der Grausamkeiten, zu denen vor zehn Jahren die Glaubensgegensätzlichkeit der beiden Religionen bei der Trennung der indischen Staaten Anlaß gegeben hatte und wunderte mich über die vollkommene Eintracht, die unter unseren Tischgenossen herrschte. Ein ermutigendes Beispiel der Toleranz. Die Gäste waren alles Leute, die in Europa gewesen

waren; was ich im Verlauf des Essens zu sehen bekam, überraschte mich daher doppelt. Eine festgelegte Essenszeit war offensichtlich unbekannt (diese Unbestimmtheit der Stunde habe ich später unaufhörlich bemerkt). Zwischen neun und halb zehn reichen Diener kühle Getränke, doch ohne Alkohol. Hernach, als die Küche schließlich bereit war, trugen sie Speisen auf von außerordentlicher Vielfalt und Quantität. Vor unsern Augen breitete sich im Nu die indische Reistafel mit ihrer Vielzahl von Saucen, Gewürzen und scharfen Ingredienzen aus. Reiches Silberzeug lag als Besteck zur Benützung, doch völlig vergeblich. Mit nicht geringer Überraschung sah ich in der Tat diese äußerst kultivierten Menschen von ausgezeichneten Sitten ihre saucegetränkten Speisen mit bloßen Händen in den Mund führen. Diese reichen Inder, Gäste des Dorchester in London oder des Ritz in Paris, kehrten, einmal in ihrer Heimat, zu den Tischsitten der Ahnen zurück. Ich erfuhr später, daß mit den Fingern zu essen eine Kunst ist und auch seine Regeln hat. Um die Sauce aufzunehmen, wird ein bißchen Reis zugegeben; ist das geschehen — immer und unter allen Umständen ohne die linke Hand, die als unrein gilt — greifen die Finger der Rechten nach dem Bissen, doch darf die Berührung mit der Speise nie über das erste Fingerglied hinausgehen. Von aufmerksamen Dienern, die mit Wasserkannen die Tischrunde abschreiten, werden die Finger der Speisenden dauernd gereinigt. Als ich meinem Erstaunen über diese Gewohnheit Ausdruck gab, erhielt ich die Antwort: «Gerade weil wir auf Reinlichkeit ausgehen, meiden wir die Berührung mit westlichem Eßbesteck, denn da es mit Lappen von doch nur zweifelhafter Sauberkeit abgewischt wird, kann es nie den Vergleich mit den Fingern aushalten.»

*

«Stark gewürzte Speisen erzeugen Durst und befeuern die Rede», sagt ein altes indisches Sprichwort. Doch was uns zum Durstlöschen vorgesetzt wurde, war nicht mehr als

laues Wasser. Die *Prohibition* herrscht in Bombay. Gandhis Wirken ist es zu einem Gutteil zu danken, daß in die Verfassung zwar nicht das Verbot, Alkohol zu trinken, aufgenommen wurde, jedoch die Empfehlung, ihn zu meiden. In Bombay wie in einigen anderen Staaten ist darüber hinaus ein striktes Alkoholverbot im Gesetz niedergelegt. Vom Augenblick an, da das bestimmt war, stieg das Defizit des Budgets. Man fragt sich, warum die Prohibition in einem Land nötig ist, in dem die Mehrzahl der Einwohner nicht die Mittel hat, sich Reis zu kaufen, eine Flasche Bier fünf Franken und eine Flasche Cognac oder Whisky offiziell fünf- und fünfzig Franken kostet. Der Palmbranntwein Toddy, das Berausungsmittel der Armen, soll die Erklärung dafür sein. Es ist jedoch eine Täuschung zu glauben, daß der Konsum dieses Alkohols abnimmt. Ein Polizeioffizier vertraute mir an: «Ich weiß, daß es in diesem Viertel alle zehn Häuser eine Brennerei gibt. Was kann ich dagegen tun?» Nur wenige sind von der Nützlichkeit dieses Gesetzes überzeugt; die Polizei freilich hat an seinem Verschwinden auch kein Interesse. Denn, am Rande vermerkt, wenn sie auch das unbeschränkte Recht zu Hausdurchsuchungen zur Aufspürung unrechtmäßigen Alkoholkonsums besitzt, ist es nicht allzu schwer, sie auf die andere Seite zu ziehen. Spricht man dann von der Bestechlichkeit der Polizei zu einem Inder, hört man fast immer das gleiche Lied: «Sehen Sie, was die Engländer uns gebracht haben, sie haben die Beamten korrumpiert.» Stets sind die Engländer in solchen Fällen der Sündenbock.

*

Die *Kasten*, es gibt ihrer vier Haupt- und ungefähr vier- bis achthundert Unterkasten, sind in der Verfassung nicht anerkannt. Dennoch wünschte Gandhi, der andererseits die Unberührbaren stets verteidigte, keineswegs ihre Aufhebung. Er schrieb 1920: «Ich bin bereit, wie ich es immer getan habe, die Aufteilung der Hindu in vier Kasten zu verteidigen. Ich halte dafür, daß diese vier Gruppen

natürlich sind, grundlegend und wesentlich. ... Wenn die Hindus an die Wiedergeburt glauben, wie sie es tun sollten, müssen sie wissen, daß die Natur ohne jeden Irrtum das Gleichgewicht herstellen wird, indem sie einen Brahmanen, der Schlechtes getan hat, erniedrigt und in einer tieferen Kaste wieder ins Leben schicken wird.» Eine ähnlich strenge hierarchische Rangordnung fand ich unter der Dienerschaft meiner Freunde. Wer bei Tisch servierte, hätte sich nicht erniedrigt, am Boden verschütteten Kaffee aufzuwischen. Die Lache blieb so lange liegen, bis ein Diener tieferen Ranges erschien und sie beseitigte.

Den Unberührbaren, die heute noch sechzig Millionen zählen, garantiert die Verfassung nun die gleichen Rechte wie den anderen Bürgern. Das geht soweit, daß ein Unberührbarer Minister wurde. Doch herrscht die Gleichheit im Volk noch nicht voll und ganz. Den Unberührbaren sind auch heute nur die niederen Arbeiten zugeteilt; werden sie als Arbeiter eingestellt, so sind ihre materiellen Lebensbedingungen meist schlechter als die der andern Arbeiter. Letzteren erscheinen ihre Person, ihre Werkzeuge, Eßgeschirre und Wohnstätten nach wie vor als unrein.

Auf der obersten Sprosse der gesellschaftlichen Rangleiter stehen weiterhin die *Maharadschas*. Sie haben wohl ihre herrschaftliche Souveränität verloren — von den wenigen abgesehen, die Gouverneure ihres ehemaligen Fürstentums wurden —, doch sind sie deswegen nicht in Armut gestürzt. Sie bewahren ihre märchenhaften Besitze, ihre Paläste und Edelsteine, ihr Gold. Sie erhalten überdies von der Regierung eine Pension auf Lebenszeit, doch ohne Anspruch auf Erblichkeit, nach dem Maß ihrer früheren Macht. Das Beispiel des Nizam von Hyderabad wurde mir vorgerechnet: seine Abfindung macht an die zehn Millionen Franken aus, die von jeder Steuer befreit sind. Keiner der früheren Potentaten ist also gezwungen, den sprichwörtlichen Prunk aufzugeben. Es gibt freilich solche, die sich

den großen Geschäften widmen. Andere wiederum nehmen amerikanische Millionäre als «paying guests» auf, die so am Leben der letzten orientalischen Fürsten scheinbar als Dazugehörige teilnehmen können.

Demgegenüber ihre Antipoden: die *Bettler*. Ich wunderte mich oft, zu sehen, wie der sanftmütigste Inder diese elenden und mißgestalteten Wesen zurückstößt, die seinen Städten einen so charakteristischen Anblick geben. Bis ich erfuhr, daß die Bettelei einen der wohlhabendsten Berufszweige bildet, einträglicher als viele andere Beschäftigungen. Deshalb sucht die Regierung durch Polizeikontrollen und Auffanglager (halb Gefängnis, halb Umerziehungsheim) ihre Zahl, die auf drei Millionen geschätzt wird, zu verringern. Am vordringlichsten scheint mir die Notwendigkeit, gegen das Betteln der Kinder vorzugehen, die von den Eltern absichtlich verkrüppelt werden, um die mitleidigen Herzen stärker zu rühren. Ein indischer Schriftsteller erzählte mir, ein Bettler, den er kenne, sei so reich und ehrgeizig, seine Tochter in eines der teuersten und ausgeschtesten Pensionate zu schicken. Er fragte ihn: «Warum suchst du keinen andern Beruf? Weshalb bleibst du Bettler?» — «Und du», war die Antwort, «warum bist du Schriftsteller? Für meinen Beruf brauche ich ebensolches psychologisches Verständnis, ebensoviel Talent, wie du für den deinen. Ich muß die Reaktionen der Menschen voraussehen, muß spüren, ob sie mildtätig sein werden und das beste Mittel finden, sie zu rühren. Sag mir, ob das Betteln keine Kunst ist?»

Den allergrößten Teil der Bevölkerung, man sagt 90%, stellen die *Bauern*. Auf dem Weg von Bombay nach Aurangabad kamen wir durch größere und kleinere Dörfer und waren überall erstaunt von der außerordentlichen Würde ihrer Bewohner, trotz des schreienden Elends, in dem sie lebten. Die Frauen vor allem, mit einem Sari in leuchtenden Farben bekleidet, auf dem Kopf gewaltige Lasten tragend, erschienen uns von königlicher Haltung. Alle, die wir danach

befragten, antworteten übereinstimmend, daß sie, trotz ihres stolzen Auftretens, Hungers sterben. Täglich wachsen ihre Schulden; ihr kleiner Acker wird ihnen von den Geldleihern beschnitten, deren Wucherzinsen sie nie abarbeiten können. Sie leben zusammengepfercht in Erdhütten, die uns als Werkzeugschuppen kaum passend scheinen. Der Boden ist erschöpft, steril, Werkzeuge fehlen, desgleichen Dünger. Denn der Kuhmist dient dem Bauern in Form getrockneter Fladen als einziges Brennmaterial.

*

Während Hunderten von Kilometern führen wir über Land längs der Ghat-Bergkette, die am westlichen Himmel wie eine ausgezackte Mauer stand. Aurangabad, eine alte, mohammedanische Stadt in Blumen eingebettet, liegt inmitten eines Bergkreises, in der Nähe der berühmten Felsentempel von Ellora und Ajunta. Diese dem Stein abgerungenen Kunstdenkmäler bestürzen uns beim Gedanken an die gewaltige Kraftanstrengung, die sie von den Erbauern verlangten. Heute jedoch scheint eine liebenswürdige *Indolenz* das erste Kennzeichen der Bewohner der gleichen Himmelsstriche zu sein. Wie konnten sie früher solche Arbeiten ausführen? War das Klima weniger erstickend? Oder hat die Rasse an Kraft verloren?

Von ihrer Lässigkeit erzählte man mir das folgende Beispiel: ein Missionar führte eines Tages Pflüge mit stählerner Pflugschar ein. Die Bauern lernten, sich ihrer zu bedienen und die Ernte verdoppelte sich. Einige Zeit später fand der Missionar seine Pflüge im Feld, von Rost angefressen. Danach befragt, antworteten die Bauern: «Nächstes Jahr werden wir sie wieder gebrauchen, doch dies Jahr brauchen wir keine neue Ernte, die erste war mehr als genügend.»

Das gleiche Gehenlassen bemerkt der Reisende beim Anblick der modernen Bauten, welche die Engländer aufgerichtet hatten. Die neuen Besitzer kümmern sich nicht mehr um ihren Unterhalt. So sah ich in den stattlichen Gebäuden Bombays Sprünge und

Risse im Gemäuer, die niemand zu reparieren denkt. Sagt nicht eine indische Überlieferung, daß die Tempel zerfallen, wenn der Geist, der sie beschützt, sich von ihnen abwendet. Dann wäre es ein Vergehen, diesem übernatürlichen Willen zuwider zu handeln.

Manchmal jedoch äußert sich in gleichem Zusammenhang ein Chauvinismus, der bei diesem sanften Volk überrascht. Da sie an modernen Leistungen noch kaum etwas der alten Kunst vergleichbares vorweisen können, ist diese ihr ganzer Stolz. Als wir dem in der Nähe von Bombay gelegenen Tempel der Insel Elephanta besuchten, wo die Zeit sichtbare Spuren der Abnutzung hinterlassen hat, rief doch unser Führer vor jeder Säule, jeder Buddhastatue aus: «Die Portugiesen haben uns das zerstört.»

*

Ein anderer Pfeiler ihres Nationalstolzes ist *Nehru*, dessen Popularität mir unüberbietbar scheint. Die materiellen Fortschritte gehen in Indien langsam voran, kaum sichtbar, aber Nehrus internationales Ansehen macht aus ihm in den Augen seiner Landsleute einen Übermenschen dieses Jahrhunderts. Nichts kann sie mehr kränken als die Bemerkung, statt sich soviel der Angelegenheiten anderer Länder anzunehmen, täte Nehru besser, sich mehr mit dem Elend in Indien zu befassen. Die Intellektuellen, denen ich begegnete, Mitglieder der privilegierten Klassen, stehen politisch alle links, auf kommunistenfreundlichem Flügel; paradoxerweise denken sie keinen Augenblick daran, ihrem Premierminister die Not des Landes vorzuwerfen, die der reaktionärste Europäer nicht dulden würde.

Viele geben zu, daß sich seit dem Abzug der Engländer die Lage nicht gebessert, sondern eher verschlechtert habe. Das erste Unglück war die Teilung des Landes in zwei Staaten: Pakistan und Indien. Dabei wurde ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Gegebenheiten die Provinz Bengalen auseinandergerissen. Indisch-Bengalen behielt die

Gesamtheit der Jutespinnereien, während der pakistanische Teil der Provinz die Gesamtheit der Jutefelder besitzt. Und von Zusammenarbeit zwischen den beiden jungen Staaten ist angesichts des Hasses, den die Abtrennung aufflammen ließ, keine Rede. Eine ebenso unüberlegte Teilung wie die der zentraleuropäischen Staaten nach dem ersten Krieg!

Diesen Schwierigkeiten gegenüber fand ich Indien apathisch und fanatisch abergläubig. Nur eine starke Politik könnte es den Abhang wieder hinaufführen, dessen Gefälle es sich jetzt überläßt. Es gibt wohl den Fünfjahresplan (schon den zweiten), den man als Allheilmittel rühmt, doch ist seine Finanzierung unzureichend.

Wie die Intellektuellen und die gesellschaftliche Elite, die ich beobachtete, verhehlt auch Nehru seine *kommunistischen Sympathien* nicht. Das Beispiel Chinas vor allem befeuert ihren Geist. Sie möchten freilich einen Kommunismus ohne Gewalt noch Zwang und beteuern unaufhörlich ihre Hoffnung, das Beste der Kultur beidseits des eisernen Vorhangs für sich zu behalten. Eine große Genugtuung bereitet ihnen das Bestehen eines kommunistischen Staates in Indien, von Kerala, gebildet aus den ehemaligen Fürstentümern von Malabar, Cochin und Travencore. Die Bewohner von Kerala haben für die kommunistische Regierung gestimmt, wobei erstaunlicherweise die Schulbildung dort fortgeschrittener ist als anderswo und das Elend weniger groß. Daß dieser kommunistische Staat innerhalb einer liberalen republikanischen Nation bestehen kann, scheint ihnen ein Wunder, das nur in Indien geschehen konnte. Die kommunistische Infiltration scheint besonders aktiv in Bengalen, das an der chinesischen Grenze liegt. Das unabschätzbare Elend der Bevölkerung von Kalkutta ist wohl größer als anderswo. Bengalen besitzt schon eine kommunistische Eisenbahnergewerkschaft.

Den gleichen indischen Schriftsteller, der mir seine Geschichte vom Bettler erzählte, und der mir trotz seines lebhaften National-

stolzes objektiv schien, fragte ich: «Wer könnte Nehru ersetzen?» Wie andere Befragte antwortete er: »Niemand. Er steht über allen Parteien und Religionen.»

— Was wird geschehen, wenn er nicht mehr da sein wird?

— Nichts, Indien wird fort dauern.

Er kam eben von einer Reise durch China und Rußland. Das Werk der beiden Länder erweckte in ihm Begeisterung. Ich fragte ihn darauf, ob die sozialen, industriellen und wirtschaftlichen Ergebnisse in Indien die gleichen Gefühle in ihm auslösten. Bedauernd und ehrlich antwortete er: «Nein.»

— Und euer berühmter Fünfjahresplan?

— Es fehlt uns an Geld. Wir wollen weder von den Amerikanern, noch von den Russen welches annehmen, um unsere Unabhängigkeit zu bewahren.

— Und die unermeßlichen Schätze der Maharadschas? Man sagt, diejenigen des Nizams von Hyderabad genügten allein zur Finanzierung des zweiten Fünfjahresplans!

— Sicherlich, aber man kann sie ihm doch nicht wegnehmen, wenn er sie nicht selbst schenken will. Die Regierung könnte so etwas unmöglich tun. Unser wirtschaftlicher Aufstieg wird langsamer vonstatten gehen, das ist alles. Was sind schon dreißig oder fünfzig Jahre im Leben Indiens?

— Ist es wahr, daß Nehru, obgleich er das Idol der Nation ist, zwei Gegner vor sich hat: die orthodoxen Hindus, die jedem westlichen Einfluß feindlich sind (selbst auf dem Gebiet der Hygiene), die sich der Schlachtung der Kühe, so alt und abgemagert sie sein mögen, leidenschaftlich widersetzen, und auf der andern Seite die millionenreichen Industriellen, welche die Politik des Kongresses nur soweit unterstützen, als keine sozialen Gesetze ihre persönlichen Interessen beeinträchtigen?

— Ja, das ist leider richtig.

— Und daß ihr, ein friedliebendes Volk par excellence, die Hälfte des Budgets für den Krieg aufwendet?

— Nein, nicht ganz die Hälfte, ein Drittel vielleicht.

Nachdem ich diesen aufrichtigen und sympathischen Menschen mit meinen Fragen einer wahren Folter unterworfen hatte, versicherte ich ihm einmal mehr meine Bewunderung des besonderen Reizes von Indien, seines instinktiven Verständnisses der Dinge, seiner Intuition, die Gedanken und Wünsche auch des Fremden zu verstehen, der die Landessprachen nicht kennt.

«Das kommt davon, daß wir Zeit haben. Vom Augenblick an, da wir mit einem Freund zusammen sind, vergessen wir alles andere, widmen ihm unsere Gedanken und unser Herz. Die Stunde hat dann keine Wich-

tigkeit mehr. Als ich in die Schule ging, suchte unser Lehrer uns die englische Anschauung einzupflanzen: Zeit ist Geld. Ich verstand gar nicht, was das heißt. Ich mußte in Europa Menschen sehen, die sich vor Besprechungen und Verabredungen aufrieben, um zu verstehen, daß für sie Zeit tatsächlich Geld ist, und daß der, dem ich sie wegnehme, es mir nicht verzeihen würde. Das ist ein fundamentaler Unterschied zwischen Europa und dem Osten, oder vielmehr zwischen den industrialisierten Völkern und denen, die es nicht sind.»

Annie Briere

Politische Tagesfragen

Übergang zur Tagesordnung

Der Annahme der Vorlage über die *Neuordnung der Bundesfinanzen* durch Volk und Stände am 11. Mai folgten die üblichen Pressekommentare. Dann wurde es wieder still. Es ist, neben manchen Nachteilen, die ihr auch anhaften, ein unschätzbare Vorzug der direkten Demokratie, daß die Volksentscheide als Entscheide der letzten und höchsten Instanz anerkannt werden. Insofern hat die direkte Demokratie mit der echten Theokratie eine Ähnlichkeit. Mag ein Abstimmungskampf noch so hohe Wogen geworfen haben, und mag nachher die unterlegene Partei mißmutig ihre Niederlage auf allerlei Weise erklären und beschönigen: Daß die Entscheidung gefallen ist und gelten muß, steht fest. Das Gefühl, nicht zu Wort gekommen, überspielt, Manövern zum Opfer gefallen zu sein, mag da und dort vorhanden sein; zu einer politisch wirksamen Kraft wird es nie. In der direkten Demokratie gedeiht vielleicht eine zu verbreitete Gleichgültigkeit, aber nicht eine Staatsfeindschaft.

Dabei war der Volksentscheid vom 11. Mai von großer Tragweite. Es standen nicht

Föderalismus gegen Zentralismus, nicht Bürgertum gegen Sozialdemokratie, obwohl diese Gegensätze eine Teilrolle spielten. Mehr und mehr hatte sich die Auseinandersetzung auf die grundsätzliche Frage zugespitzt, welchen Umfang die Ansprüche des Fiskus annehmen dürften. Die Opposition schob das Argument, der Bund werde keine genügenden Einnahmen erhalten, mehr und mehr in den Vordergrund. Das Pflichtenheft, das sie ihm vor Augen hielt, hätte, wenn man es verwirklichen wollte, zu einer ruckhaften und dauernden starken Vermehrung der Bundesausgaben führen müssen, ähnlich wie es in Schweden unter dem Regime der sozialistisch-agrarischen Koalition geschehen ist, die es fertig gebracht hat, in der Zeit einer andauernden Hochkonjunktur Rechnungsdefizite und Staatsschulden in furchterregender Größe zustande zu bringen, wobei das schlimmste der Trend zur weiteren raschen Steigerung ist. Letzten Endes ist am 11. Mai der Kampf zwischen der Parole einer Inflation oder aber einer sorgsamem Behandlung der Staatsausgaben ausgetragen worden. Es war das Rezept der Ausgabeninflation, das vom Schweizervolk zurückgewiesen worden ist.

Integration in der Schwebe

Ein eigenartiger Schwebezustand herrscht über den Vorbereitungen einer *Europäischen Freihandelszone*. Praktisch stehen die Verhandlungen seit etwa 2 Monaten still. Der Grund liegt in der Verhandlungsunfähigkeit Frankreichs, die nun allerdings, wenn die Regierung de Gaulle einigermaßen ihre Linie festgelegt hat, ein Ende nehmen kann. Eine Verzögerung setzte ein, als Frankreich erklärte, die vom Maudling-Komitee vorbereiteten Entwürfe nicht annehmen zu können und andere ausarbeiten zu wollen. Deren Fertigstellung zog sich dann in die Länge, und ein weiterer Zeitbedarf entstand, weil es sich herausstellte, daß die Partner Frankreichs in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) mit dem französischen Standpunkt keineswegs harmonierten. Der Versuch, sich auf eine gemeinsame Formel der Staaten der EWG zu einigen, geriet nicht zu Ende, solange Frankreich noch eine verhandlungsfähige Regierung besaß.

Obwohl offiziell nichts publiziert worden ist, weiß man, daß Frankreich mit der Freihandelszone einverstanden wäre, wenn sie im Anschluß an den Gemeinsamen Markt in einen protektionistischen Block umgestaltet würde. Um dieses Ziel zu erreichen, müßten die Zolltarife der Zonenstaaten dem gemeinsamen, sehr protektionistischen Außentarif des Gemeinsamen Marktes angepaßt werden. Der «Plan Carli» des italienischen Außenministers will dieses französische Projekt nur zu 80 oder 90 Prozent realisieren, indem die Zölle nicht vollständig, sondern innert einer gewissen Abweichungsmarge dem gemeinsamen Außentarif anzupassen wären. Beide Vorschläge sind für die Schweiz nicht annehmbar. Soll sie wirtschaftliche Schwierigkeiten mit der übrigen Welt, darunter den so wichtigen USA, heraufbeschwören, indem sie ihre Zölle für Waren dieser Außenwelt ohne eigene wirtschaftliche Notwendigkeit erhöht? Und soll sie ihr Kostenniveau durch eine stärkere Belastung eingeführter Rohstoffe, Halb- und Fertigfabrikate und Nah-

rungs- und Genußmittel steigern? Der Weg, Mißbräuche zu verhindern, muß anders gefunden werden: Durch entsprechende Ursprungskriterien ist dafür zu sorgen, daß nur Zonen- und nicht Importwaren der Zollfreiheit im Verkehr innerhalb der Zone teilhaftig werden.

Man muß heute damit rechnen, daß die erste Zollsenkung innerhalb des Gemeinsamen Marktes am 1. Januar 1959 Wirklichkeit wird. Als der deutsche Außenminister *von Brentano* gesprächsweise die Meinung äußerte, man könnte auch an eine Verschiebung des Inkrafttretens denken, wurde er empört zurückgerufen. Dabei wäre eine Verschiebung so lange sehr begründet, als es offensichtlich ist, daß Frankreich die Verpflichtungen des Gemeinsamen Marktes nicht oder nur formell erfüllen kann, praktisch aber einen Generaldispens erhalten muß, wobei noch nicht abzusehen ist, wann sich dieser Zustand je ändern wird. Die Zahlungsbilanz Frankreichs hat ja heute, da die Hälfte des EZU-Überbrückungskredits bereits verzehrt ist, eine Wende zum Besseren noch nicht gezeigt. Aber offenbar wagt man es nicht, an den Terminen zu rütteln, in der Besorgnis, es könnte sonst alles ins Gleiten kommen.

Senkt die EWG die Zölle am 1. Jan. 1959, ohne daß eine Freihandelszone gleichzeitig ein Gleiches tut, so wird britische, österreichische, portugiesische, griechische, dänische, türkische und schweizerische Ware in den Ländern des Gemeinsamen Marktes einen höhern Zoll zahlen müssen als Ware eines Mitgliedstaates der EWG. Was dann? Man ist nun immerhin auch in den Staaten der EWG offenbar zur Einsicht gelangt, daß sich die andern Staaten zur Wehr setzen würden. Also ein Wirtschaftskrieg, durch den die so nützliche Institution der Europäischen Zahlungsunion und die so außerordentlich großen Leistungen der OECE in Frage gestellt würden. Jedenfalls hat die Schweiz gewisse Mobilmachungsvorkehrungen getroffen, als die Räte den Bundesrat ermächtigten, die Mitgliedschaft bei der EZU nur

bis Ende 1958 zu verlängern. Maßnahmen innerhalb der EZU würden den Gemeinsamen Markt empfindlich treffen, hat es doch der Römer Vertrag unterlassen, konkrete Bestimmungen über Währungen und Zahlungsbilanzen sowie die Regelung des Zahlungsverkehrs zu treffen. Er wollte einfach den Apparat der EZU übernehmen. Die Aussichten auf eine unerfreuliche Entwicklung haben denn auch Anlaß gegeben, nach Möglichkeiten Umschau zu halten, auf den 1. Jan. 1959 ein Provisorium zu treffen, um zu einer ersten generellen Zollsenkung im Rahmen der mutmaßlichen Mitglieder einer Freihandelszone zu kommen und über den Vertrag später wieder zu verhandeln. Für diesen selber sind die Vorbereitungen noch so wenig weit gediehen, daß fast nicht mehr mit seinem Inkrafttreten auf anfangs des nächsten Jahres zu rechnen ist.

Zolltarif im Feuer

Zur Zeit ist in Genf im Rahmen des GATT ein Experiment im Gange, wie es die Schweiz bisher nicht durchgeführt hat. Sie verhandelt gleichzeitig mit mehr als 20 Staaten über die Ansätze ihres neuen Zolltarifs, der allerdings erst in der Gestalt eines vom Bundesrat gutgeheißenen Entwurfs vorliegt. Es sollten daraus Verträge hervorgehen, die schweizerische und andere Konzessionen zum Inhalt haben. Hernach muß der Tarif weiter seinen innenpolitischen Werdegang gehen. Es stellt sich die fast unmögliche Aufgabe, ihn auf den 1. Jan. 1959 in Kraft zu setzen, denn wenn dann der Zollabbau international beginnt, so kann die Schweiz dabei nicht von ihrem alten, in Aufbau und Ansätzen absolut überholten Tarif ausgehen. Es wäre aber müßig, heute schon darüber zu werweisen, wie eine beschleunigte Inkraftsetzung erzielt werden kann.

Arbeitszeitverkürzung?

Die Entscheidungen der Räte in der Junisession haben zu klaren Fronten geführt.

Der Landesring hat nur die Unterstützung einiger Abgesplitteter der sozialdemokratischen Fraktion für seine Initiative gefunden. Politisch dürfte sich eine ähnlich breite ablehnende Front bilden, wie sie für die Finanzvorlage bestanden hat. Der Wähler selber muß noch aufgeklärt werden. Der Entscheid sollte ihm aber leicht fallen. Ob für oder gegen die Arbeitszeitverkürzung: Mit der schematischen Plötzlichkeit, mit der sie der Landesring in den Fabriken (und nur in diesen) durchführen will, wird ein falscher Weg beschritten. Für den Lohnausgleich wäre nicht gesorgt, wohl aber wäre eine namhafte Kosten- und Preissteigerung unausweichlich. Kleingewerbe und Landwirtschaft wären die ganz besonders Getroffenen.

Beschleunigter Straßenbau

Die die Geduld oft strapazierende Methode des eidgenössischen «Erdauerns» hat in der Frage des Ausbaues unserer Straßen gute Frucht getragen. Der Gegenvorschlag, der im Juli zur Volksabstimmung gelangt, ist ausgewogen. Er ist besser als die Initiative, die denn auch zurückgezogen worden ist, aber das Privileg hat, anregend gewirkt zu haben. Die Vorlage verspricht das raschere Tempo des Straßenbaues, das zeitgemäß ist.

«Atom-Spaltung»

Der kraftvolle Protest aus den Reihen der sozialdemokratischen Partei und des Gewerkschaftsbundes gegen die Initiative, die ein Verbot der Atomwaffen für die schweizerische Armee anstrebt, bietet den erfreulichen Beweis, daß in diesen Organisationen die Ablehnung einer gefühlsbetonten, getarnten antimilitaristischen Gesinnung und Stimmungsmache solid geworden ist. Es wäre ganz und gar falsch, wenn man im Kreise anderer Parteien über die Spaltung innerhalb der Linken Schadenfreude empfände. Man muß vielmehr wünschen, daß sie den Prozeß der Selbstreinigung durchgreifend zu Ende führe. Die im Herzen immer

noch einen antimilitaristischen Komplex Herumtragenden haben geschickt bei der Atomfurcht einhaken wollen, genau wie die Sowjets es tun. Daß die anders Gesinnten

den Kampf trotz dieses Schachzuges angetreten haben, verdient um so positivere Würdigung.

Helveticus

Querschnitt durch neue Wirtschafts-Zeitschriften

Probleme der internationalen Wirtschaftspolitik

Abweichend von der sonst üblichen Berichterstattung in unseren «Querschnitten» sei es heute gestattet, des Heftes I/II der St.-Galler «Außenwirtschaft» vom Mai/Juni ausführlicher zu gedenken. Bringt es doch unter dem Titel: «Gemeinsamer Markt für 6 oder 17?» höchst durchdachte Vorschläge zur Verwirklichung der *europäischen Freihandelszone*; sie wurden mit ihrem Kernstück im St. Galler Institut für Außenwirtschafts- und Marktforschung, zum kleineren Teile auch von dem Institut nahestehenden Wissenschaftlern aus Belgien und England verfaßt. An erster Stelle findet Professor Dr. Hans Bachmann (St. Gallen) Lösungsmöglichkeiten für die kritischen Punkte des Problems, nämlich solche zur Verhinderung von Handelsumlenkungen in einer Freihandelszone und für die Integration der Agrarmärkte, sowie für die Verbindung zwischen dem Prinzip der Freihandelszone und dem Präferenzsystem im britischen Commonwealth. Die «in gedämpftem Optimismus» geschriebene Arbeit verdient es, von den Politikern bei ihren Bemühungen um die *europäische Integration* als Ratgeber benutzt zu werden.

Im übrigen enthebt uns der erschöpfende Beitrag von Peter Aebi in der Maiausgabe der «Schweizer Monatshefte» über den Stand der Verhandlungen zur Verwirklichung der Freihandelszone der Notwendigkeit, im einzelnen auf die Fülle von Material aus dem letzten Vierteljahr zu den Problemen der europäischen Integration einzugehen. Von ihm als besonders instruktiv herausgehoben seien nur die durch die «Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung» vom 18. (mit dem französischen Urtext) und vom 25. April

(mit der deutschen Übersetzung) wiedergegebene Erklärung privater Wirtschafts-Organisationen in Westeuropa (außerhalb der Europäischen Wirtschafts-Gemeinschaft) vom 14. 4. zur Freihandelszone, eine ausführliche Stellungnahme des österreichischen Handelsministers Dr. Bock zum gleichen Thema, veröffentlicht in der Wiener «Industrie» vom 3. Mai, und der «Economist», der sich am 10. Mai mit den Differenzen zwischen den Mitgliedern des Gemeinsamen Marktes und den übrigen Partnern des GATT beschäftigt. Ferner liest sich das Heft 9 des «Europa-Archivs» vom 5. 5. mit seinem die Freihandelszone erörternden Inhalt wie eine Fortsetzung des zitierten Artikels von Peter Aebi. — Als brauchbarer Wegweiser durch das Labyrinth der modernen Abkürzungen im Bereiche der internationalen Wirtschaft sei schließlich ein Artikel: «The regional economic bloc» im amerikanischen Wirtschaftsmagazin «Challenge» vom März rühmend erwähnt, der an Hand von Einzelbeispielen regionaler Zusammenschlüsse nach Art von Benelux die praktische Anwendung des Sprichwortes von der Stärke in der Gemeinschaft demonstriert.

Die Ungewißheit über das weitere Schicksal der *Europäischen Zahlungs-Union* kommt auch in der Wirtschaftspresse der letzten Monate zum Ausdruck. Die Stuttgarter «Deutsche Zeitung und Wirtschafts-Zeitung» vom 26. 4. beschäftigt sich mit dem Umbau der EZU, und in der Zeitschrift «Europa» aus Bad Reichenhall erläutert im April der Präsident des Direktoriums, Dr. H. K. von Mangoldt-Reiboldt ihre neuen Aufgaben. — Anlässlich des zehnjährigen Jubiläums des *Europäischen Wirtschaftsrates, der OEEC*, am 16. 4. ist auf die Würdigung

seiner Arbeit durch Generalsekretär René Sergent in derselben Zeitschrift und auf Artikel im «Economist» vom 19. und in der «NZZ» vom 26. 4. hinzuweisen. — «Die Schweiz und *das GATT*» lautet die Überschrift einer Arbeit von Fürsprech Hs. Steffen in der «Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung» vom 21. und 28. 3. Bei Niederschrift dieser Zeilen ist als zeitlich jüngste Meldung bezüglich des GATT die «NZZ» vom 6. 5. anzusprechen; sie stellt die Tendenz zu baldiger Revision des GATT im Sinne einer Straffung seiner Bestimmungen fest.

Die Sorge um die *Entwicklung der Konjunktur* hat während des letzten Vierteljahres international und daheim in den Wirtschafts-Zeitschriften alle anderen Themen überschattet. Nach wie vor vertritt die Presse einhellig die Auffassung, daß man sich jedenfalls auf eine Wiederkehr der Weltwirtschaftskrise von um 1930 nicht gefaßt zu machen brauche. Im Kampfe zwischen Furcht und Hoffnung mehren sich, je weiter das Jahr voranschreitet, die Stimmen der Zuversicht bei Beurteilung der Geschäftslage. In dieser Richtung bewegen sich das Referat des Präsidenten im Direktorium, Dr. W. Schwegler, anläßlich der Generalversammlung der Schweizerischen Nationalbank vom 15. 3. (vgl. die «NZZ» vom 18. 3.), der recht ansprechende Überblick über die ökonomische Situation verschiedener westlicher Staaten im Hamburger «Wirtschaftsdienst» vom April und der Leitartikel in «Finanz und Wirtschaft» vom 8. 4. — Aus dem Fachgebiet der *Währungsprobleme* bringt der deutsche «Arbeitgeber» am 5. 3. den Abdruck eines Vortrages von Professor Dr. F. A. Lutz (Zürich) über die Grundlagen einer internationalen Währungsordnung. — Die wirtschaftliche Bedeutung der *Automation* untersucht in breiter Anlage Professor Dr. Theo Keller (St. Gallen) in Heft 1 des laufenden Jahrganges der «Schweizerischen Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik». Zwei Abhandlungen im Märzheft des Hamburger «Wirtschaftsdienstes» vermitteln

einen Begriff von den Gestaltungsaufgaben, die der Prozeß der Automation in der Zukunft der Volkswirtschaft stellt.

Schweizer Wirtschaftsprobleme

Einen interessanten Bericht ihres Zürcher Korrespondenten über die positive Haltung der Schweiz in bezug auf die *konjunkturelle Entwicklung* enthält die «Frankfurter Allgemeine Zeitung» vom 8. und einen in seinen Schlußfolgerungen verwandten aus der Feder des Sekretärs der österreichischen Handelskammer in der Schweiz, Dr. F. Martin, die Wiener «Industrie» vom 12. 4. — Den *Außenhandel der Schweiz* im ersten Quartal 1958 analysiert «Finanz und Wirtschaft» vom 29. 4. an leitender Stelle. Die «Schweizerische Handels-Zeitung» vom 1. 5. sieht in den Bewegungen des Außenhandels das Spiegelbild der Konjunktur. Aus dem reichen Zahlenmaterial über den Warenaustausch der Schweiz mit der übrigen Welt, mit dem in seinem Anhang das eingangs erwähnte Heft I/II der «Außenwirtschaft» aufwartet, sei hier nur herausgegriffen: die Einfuhr von 1945 auf 1957 ist aus den OEEC-Ländern (mit ihren überseeischen Gebieten) von 44,4 auf 69,9% des Gesamtimports gestiegen, und diejenige aus dem Rest der Erde von 55,6 auf 30,1% gefallen; an der Ausfuhr waren die gleichen Gebiete mit 36,6 und 63,4% 1945 gegenüber 57,3 und 42,7% 1957 beteiligt. — Die Bemühungen um die Einführung der *44-Stunden-Woche* geben der «Schweizerischen Handels-Zeitung» vom 20. 3. Anlaß zu kritischen Bemerkungen. Die «Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung» vom 28. 3. entnimmt den SBB-Nachrichten den Hinweis des Präsidenten der Generaldirektion, Dr. H. Gschwind, darauf, daß der Übergang zu wöchentlicher Arbeitszeit von 44 Stunden die Bundesbahn jährlich mit Mehrkosten von rund 30 Mio. Franken belasten müßte. — Es ist verständlich, daß die Schweizer Wirtschaftspresse in der Berichtszeit der *Bundesfinanzordnung* vermehrte Beachtung geschenkt hat. Nach Annahme der Abstimmungsvor-

lage durch das Volk am 11. 5. können wir hier auf eine Würdigung dieser Auslassungen verzichten; aufmerksam gemacht sei nur auf die historischen Betrachtungen zum Finanzproblem, die Professor Dr. E. Großmann (Vevey) in der «Steuer-Revue» vom April anstellt. — Die *Schweizer Mustermesse 1958* löst in der Genfer «Wirtschaft», Heft 3, in der «Suisse Horlogère» vom 10., in der «Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung» vom 11. 4. und in Nr. 2 der «Revue Economique Franco-Suisse» gründliche Kommentare aus.

Wirtschaftsbeziehungen der Schweiz zur Fremde

Für Kaufleute, die am Handel mit *Belgien, Luxemburg und den Niederlanden* beteiligt sind, ist ein Bericht im «Economist» vom 3. 5. zur Orientierung über Werdegang und Wirksamkeit der Benelux-Union wertvoll. Die Zeitschrift «Deutschland-Schweiz» vom April informiert über die sozialpolitische Lage in der *Deutschen Bundesrepublik*. — Von Wirtschaftsproblemen *Frankreichs* handeln die «NZZ» vom 11. («Zwischen In- und Deflation») und vom 12. 4. («Französische Zahlungsbilanz»), die Frankfurter «Gegenwart» vom 19. 4. («Wirtschaftsunion Frankreich-Algerien») und Dr. Walter B. Bing (Paris) in den «Monatsblättern für freiheitliche Wirtschaftspolitik» vom März. Dieser letztere Autor in Beantwortung der Frage, wann Frankreich für den Gemeinsamen Markt reif sein werde. — Dem «wirtschaftenden Österreich» widmet im April die Schweizerische Bankgesellschaft ihre Monatspublikation. In bezug auf Österreichs Zollpolitik und seinen neuen Zolltarif enthält die Wiener «Industrie» vom 15. 3. aufschlußreiche Angaben. — Das starke, überwiegend finanzielle Interesse, mit dem, nicht ohne Sorge, die Schweizer Geschäftswelt ihre Beziehungen zu *Argentinien* verfolgt, spiegelt sich in der Schweizer Wirtschaftspresse wider; so befaßt sich u. a. «Finanz und Wirtschaft» vom 15. 4. mit «Argentinien unter dem Regime Frondizi». — Interessenten am Handel mit *Japan* seien ausdrücklich auf den

umfassenden Überblick über die akuten Probleme des ostasiatischen Inselreiches im «Economist» vom 8. 3. aufmerksam gemacht.

Wirtschaftsprobleme in den Vereinigten Staaten

Am amerikanischen Beispiel tritt uns die vorher im allgemeinen Teile gewonnene Erkenntnis mit besonderer Eindringlichkeit entgegen, daß die Befürchtungen vor einer weiteren Verschlechterung der *Konjunktur* im Laufe der letzten Monate abgeflaut sind. Während noch im März das Düsseldorfer «Handelsblatt» vom 5. vom Anhalten der Unsicherheit in den USA spricht, der «Manchester Guardian» am 10. den Abbau der Rezession mit einem Fragezeichen versieht und der «Economist» am 20. 3. das Steigen der Konsumentenpreise drüben mit Mißfallen bemerkt, klingt schon im April der Wochenbericht Nr. 14 des Zürcher Bankhauses Julius Bär & Co. und erst recht am 6. 5. der Leitartikel in «Finanz und Wirtschaft» viel positiver. — Die «wachsende Unpopularität» der *USA-Gewerkschaften* glauben die «Monatsblätter für freiheitliche Wirtschaftspolitik» vom März konstatieren zu müssen. — In Beobachtung des amerikanischen Zögerns bezüglich der *Freigabe der beschlagnahmten deutschen Vermögenswerte* bedauert die «Schweizerische Handels-Zeitung» am 24. 4. mit großem Recht «den kläglichen Respekt der Amerikaner vor fremdem Eigentum». — Der Mißerfolg, den in vielen Fällen die *Hilfe an unterentwickelte Gebiete* erfahren hat, veranlaßt den «Economist» vom 1. 3. («Escape from the Aid Maze»), nach Gründen und Auswegen zu suchen. Auch der Wochenbericht Nr. 16 des Bankhauses Julius Bär rügt die «unterentwickelte Dankbarkeit», und dem gleichen Thema dient ein Beitrag von August Heckscher zum «Challenge» vom April.

Kommunistische Wirtschaft und West-Ost-Handel

Von der Chruschtschewschen Wirtschaftsreform in der *Sowjetunion* (Dezentralisierung von 40 Zentralministerien in 105 Volks-

wirtschaftsräte, im Gefolge dessen Stärkung der föderalistischen Autarkie) wird von der Wirtschaftspresse in erster Linie der Reorganisation in der sowjetischen Landwirtschaft Beachtung geschenkt; Genaueres darüber findet man im deutschen «Arbeitgeber» vom 20. 3. und 20. 4. Professor Dr. Otto Schiller (Hohenheim-Stuttgart) stellt in der Aprilausgabe der «Osteuropa-Wirtschaft» «betriebswirtschaftliche Betrachtungen über die Kolchosa» an. — Dem «Economist» vom 12. und 26. 4. geht aus der deutschen Sowjetzone, gestützt auf Einzelzeiten, die Meldung zu, daß die Deutsche Demokratische Republik in letzter Zeit an Festigkeit gewonnen habe. Der diametrale Gegensatz zur amtlichen Politik Großbritanniens geht sogar so weit, daß der Außenpolitiker dieser

angesehenen Wochenzeitschrift, John Midgley, im britischen Rundfunk kürzlich eine Anerkennung der Regierung in Pankow empfohlen hat. Das in der Sowjetzone geltende Wirtschaftsstatut liefert der «Gegenwart» am 5. 4. den Stoff für eine Orientierung ihrer Leser.

Die in Braunschweig erscheinenden «Wirtschaftsführer-Briefe» befassen sich am 26. 4. mit den praktischen und psychologischen Möglichkeiten des neuen deutsch-sowjetischen Handelsabkommens. Die «Gegenwart» vom 3. 5. bringt einen statistisch reich belegten Bericht über den «Sowjethandel mit Ost und West»; aus ihm wollen wir dem interessanten Zahlenmaterial die folgende Zusammenstellung des russischen Außenhandelsumsatzes entnehmen:

	in Mrd. Rubel *)			in Prozenten		
	1946	1950	1956	1946	1950	1956
Sozialistische Länder	3,1	10,5	22,1	54	80	76
Kapitalistische Länder	2,6	2,5	7,0	46	20	24
Welt insgesamt	5,7	13,0	29,1	100	100	100

*) Offizieller Kurs: 1946 5,3 Rubel = 1 Dollar, 1950 4 Rubel = 1 Dollar

Sonstige allgemein interessierende Artikel der Wirtschafts-Zeitschriften

Wie bei früheren Gelegenheiten, so seien auch zum Abschluß heute die Titel von Aufsätzen allgemeinen Interesses in den Wirtschafts-Zeitschriften aus der Berichtsperiode zitiert, die sich mit anderen als den in die vorstehenden Abschnitte eingruppierten Problemen befassen: Professor Dr. Alfred Amonn (Bern) verbreitet sich in der «NZZ» vom 13. 4. über «Inflationismus und Restriktionismus». Die «Werkzeitung der schweizerischen Industrie» erfreut im April durch einen anschaulichen Bildbericht: «Mensch und Arbeit im Bild». Die Genfer «Wirtschaft» vom gleichen Monat und vom Mai zeichnet sich durch monographische Darstellung der «industriellen Forschung» aus; Professor

Dr. Otto Angehrn (Basel) behandelt in der Aprilausgabe der «Wirtschaftspolitischen Mitteilungen» der «Wirtschaftsförderung» in Zürich die «Marktforschung im Dienste der schweizerischen Unternehmung». In der «Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen» vom 1. 5. vermag man mit Nutzen eine Studie von Professor Dr. Emil Küng (St. Gallen): «Kapitalbedarf — eine weltumspannende Erscheinung» auf sich wirken zu lassen. Und endlich: der Leitartikel von Dr. Max Keller (Lausanne) in der Aprilausgabe der «Schweizerischen Versicherungs-Zeitschrift» ist dem fünfzigjährigen Jubiläum des Bundesgesetzes über den Versicherungsvertrag vom 2. 4. 1908 gewidmet.

Hans Posse

Impressionen über ein Ost-Kolleg

Die Teilnahme an einer Studientagung des deutschen Ost-Kollegs wird einem Schweizer zum eindrucklichen, gewinnbringenden Erlebnis.

Der Wunsch vieler Schweizer Studenten und auch weiterer Kreise unseres Landes nach systematischen Vorlesungen und Studien über Ostprobleme an unseren Hochschulen hat in der deutschen Bundesrepublik eine vorbildliche Verwirklichung erfahren.

Nach den erschreckenden machtpolitischen Umwälzungen in Osteuropa, als Folge des zweiten Weltkrieges, ist im Westen allmählich eine neue Wissenschaft entstanden, die gemeinhin «Sowjetologie» genannt wird. Sie umfaßt philosophische, soziologische und historische Teilgebiete, wie auch wirtschaftliche, soziale, allgemein politische, militärische und psychologische Elemente. Gegenstand ihres Forschens sind der sowjetische Imperialismus, die soziologischen, politischen und wirtschaftlichen Veränderungen in den Ländern hinter dem Eisernen Vorhang und das Phänomen des Sowjetkommunismus in seinen vielfältigen und sich immer wieder wandelnden Aspekten.

Sowjetologie ist eine Wissenschaft regionaler Spezialisten und für uns Schweizer ein Novum. Im herkömmlichen Lehrgang eines Studenten legen wir Wert darauf, daß dem Historiker die Geschichte, dem Juristen das Recht, dem Nationalökonom die Wirtschaft der Länder bekannt sind, nicht aber daß ein Spezialist Geschichte, Recht und Wirtschaft eines Landes kennt.

Die totale Macht bedroht uns alle. Die beste Rüstung ist unnütz, wenn der Westen an kommunistischer Auszehrung zugrunde geht. Um uns mit Erfolg zu verteidigen, müssen wir den Gegner kennen, seine Stärken und Schwächen aufdecken. Der Kampf ist in erster Linie ein geistiger. Er muß streng rational geführt werden. Nur dann ist er erfolgversprechend. Auch die Schweiz braucht Sowjetologen.

*

Das Ost-Kolleg ist eine Einrichtung der Bundeszentrale für Heimatdienst zur geistig-politischen Auseinandersetzung mit dem internationalen Kommunismus und zur Festigung der Demokratie.

Im eigenen Hause, etwas abseits des Großstadtbetriebes von Köln, werden die wöchentlichen Studientagungen durchgeführt. Im ungezwungenen Rahmen häuslicher Geborgenheit ist die einzigartige Gelegenheit zur Zusammenarbeit, zur Diskussion und vor allem zum Anknüpfen menschlicher Beziehungen gegeben. Professoren und Gewerkschafter, Politiker und Jugendführer, Industrielle und Offiziere, Studenten und Journalisten, alle sind gekommen um zu geben und zu nehmen, um in gemeinsamem Studium nach einer Lösung der Probleme zu suchen und die geistigen Waffen gegen die totalitäre Gefahr zu härten. Alle bewegt zutiefst die gleiche Frage: «Was tun?» Und es ist Trost und Verpflichtung zugleich, am Schlusse einer jeden noch so leidenschaftlich geführten Diskussion erkennen zu können, daß der freie Westen durch eine Revolutionierung der Gesinnung und Weckung der Liebe zum Menschen wie zum Leben dem «Aufstand der Massen» begegnen kann. Der Fahne des Idealismus folgend, kann die freie Menschheit den Bolschewismus überwinden und damit auch erreichen, daß nicht bloß das «blutlose Licht der Elektrizität» im letzten Erdenwinkel aufflammt, sondern ein geistiges, die Seelen zutiefst erwärmendes Licht selbst die kältesten Bauten aus Stahl, Beton und Glas von innen durchleuchten wird.

*

Das Programm der Studientagungen des Ost-Kollegs umfaßt Vorträge über Philosophie, Geschichte, Wirtschaft und Politik, die von ausgezeichneten Fachlehrern der Sowjetologie bestritten werden. Ergänzt und angenehm abgerundet werden diese Grundvorlesungen durch Rahmenvorträge zu Spe-

zialgebieten und durch Podiumsdiskussionen. Außerdem werden Filme vorgeführt.

Gewinnbringend und erst eigentlich erlebnisstark aber werden die angeregten Diskussionen, die unter dem taktvollen und souveränen Szepter des gewandten Studienleiters Dr. *Wildenmann* stets neuralgische Fragen aufschürfen und in lebensnaher Zielstrebigkeit nach einer Antwort suchen. Im gesunden Widerstreit der Meinungen ist dafür gesorgt, daß die historische Kausalkette in unwiderleglicher Darstellung aufgedeckt und der Schutt falscher Konstruktionen und nachträglicher Mystifikationen weggeräumt wird. Es ist das unzweideutige Anliegen der Studienleitung, die Kausalzusammenhänge jenen Kreisen vor Augen zu führen, die der Neigung nicht oder nur ungenügend zu widerstehen vermögen, bei der Betrachtung der Entstehung der gegenwärtigen Machtkonstellation in Europa erst im Jahre 1945 zu beginnen oder gleich in die Zeit von 1918 zurückzugreifen und die Politik der Westmächte nach dem zweiten Weltkrieg für die katastrophale Entwicklung in Osteuropa verantwortlich zu machen. Es wird immer wieder klar gesagt, daß Hitlers verbrecherische Politik dafür verantwortlich ist, daß die sowjetischen Truppen 1939 in Polen bis zur Curzon-Linie vorrückten und die baltischen Staaten sowie die Bukowina und Bessarabien besetzten, und es die ruchlose Kriegspolitik des deutschen Diktators gewesen ist, die schließlich die Sowjetarmee nach Berlin, Prag, Warschau und Budapest brachte.

Die Deutschen haben den guten Willen zur Demokratie. Auch sie suchen nach Mitteln zu ihrer Verwirklichung. Der Widerstreit leidenschaftlicher Diskussionen bringt ihnen die Erkenntnis in die Wahrheit des Ausspruchs des großen Franzosen Valéry: «Unser Denken muß sich entwickeln und muß sich erhalten. Es schreitet zwar nur fort, indem es in die Extreme ausschweift, aber es erhält sich auch nur in den Mittelagen. Die extreme Ordnung, der reine Automatismus, wäre sein Verderben; die gänz-

liche Auflösung würde es vielleicht noch rascher zum Abgrund führen.» (Die Krise des Geistes, Insel-Bücherei, S. 33.)

*

Der Rahmen einer kurzen Würdigung dieser bereichernden Studientagung erlaubt es nicht, einen chronologischen Überblick über die Fülle an Material zu geben, das die einzelnen Vorträge vermitteln.

In keinem politischen System spielt die Ideologie eine so bedeutende Rolle wie im sowjetischen. Angeblich stellt sie den Leitfaden, die Grundlinie für alles politische Handeln der Staats- und Parteiführung dar. In Wahrheit jedoch ist sie das ausgeklügelte Rechtfertigungsinstrument einer nüchternen und schlaun Machtpolitik nach innen und außen geworden.

Prof. *I. M. Bocheński* von der Universität Freiburg (Schweiz) anerkennt, daß die kommunistische Philosophie zweifellos viele richtige Gedanken enthält (so den Realismus, Rationalismus usw.) und auch in den Behauptungen, die falsch, bzw. stark übertrieben sind (Materialismus, die meisten Gesetze der Dialektik), gewöhnlich ein richtiger Kern enthalten ist. «Man kann auch sagen, daß fast jeder seiner Bestandteile ernsthaft vertreten werden kann; aber so, wie dies die Kommunisten tun, kann sie kein denkender Mensch anerkennen.»

Bocheński versteht es in seiner mitreißenden, scharfsinnigen Manier, das dogmatisch-philosophische System des Sowjetstaates — trotz seiner abendländischen Ursprünge — als ein dem Westeuropäer kulturfremdes, in der Formulierung erschreckend primitives und in sich widerspruchsvolles Lehrgebäude zu entlarven. Es erübrigt sich, an dieser Stelle auf Einzelheiten einzugehen; der interessierte Leser sei verwiesen auf die einschlägige Literatur. (I. M. Bocheński, *Der sowjetrussische dialektische Materialismus*. A. Francke AG. Bern, 2. Auflage, 1956.)

*

Es wäre ein nutzloses Unterfangen, versuchen zu wollen, in einem kurzen Bericht

auch nur auszugsweise die zahlreichen, wohldokumentierten und z. T. tiefschürfenden Analysen der sowjetischen Wirtschaft, des Staatshaushaltes usw. wiederzugeben, die in meist ausführlich dokumentierten und auf neusten Erhebungen basierenden Berichten der Bundeszentrale für Heimatdienst schriftlich vorgelegt werden. Viele Tatsachenberichte, die wir Schweizer wohl der Spur nach kennen, werden am Ost-Kolleg mit wissenschaftlicher Gründlichkeit bis in die Wurzeln und Zweigspitzen belegt und zeugen immer wieder, daß wohl neben den USA kein westliches Land der Weltgefahr des kommunistischen Systems derart sach- und fachkundig den Puls zu fühlen in der Lage ist wie die Bundesrepublik.

Trotz aller Skepsis vor politisch durchtränkter, kommunistischer Statistik ist anzuerkennen, daß der Kommunismus in den vergangenen 40 Jahren eine eindrucksvolle Steigerung der Produktion an Eisen, Kohle, Zement, Erdöl und Elektrizität erzielt hat. Bei der Beurteilung dieser Leistungen ist nicht die Quantität an sich für den westlichen Beobachter ausschlaggebend, sondern das beispiellose Mißverhältnis zwischen Gesamtaufwand und Gesamtertrag, der Totalpreis, der für das schließliche Ergebnis zu zahlen ist, die Last, welche die Masse der Konsumenten immer wieder auf sich nehmen muß, um die offensichtlichen Mängel der planwirtschaftlichen Ordnung zu zahlen. Alles, was wir nach wie vor über Verschwendungen, Fehlleitungen, bürokratische Schlamperei und vor allem über die in einem solchen Regime offenbar chronische Erscheinung fortgesetzter, wenn auch ständig wechselnder Engpässe aus dem kommunistischen Imperium hören, mag uns verleiten, auf einen Zusammenbruch des Totalen zu hoffen. Dieses Wunschdenken aber führt zu gefährlichen Illusionen und hat mit realer Politik nichts zu tun.

Tatsache und erschreckende Wirklichkeit ist, daß das wirtschaftliche Prestige der Sowjetunion im Nahen und im Fernen Osten sehr groß ist. Nur dem kommunistischen

System — so heißt es überall — konnte es gelingen, in vier Jahrzehnten eine Entwicklung zurückzulegen, für welche die kapitalistischen Länder hundertfünfzig Jahre gebraucht haben. Darum folgern jene Völker: Laßt uns der Sowjetunion wirtschaftlich nacheifern. Sie fragen dabei nicht, ob das Problem der wirtschaftlichen Ordnung befriedigend gelöst ist, die Produktivkräfte richtig verwendet sind, die richtigen Dinge in den richtigen Proportionen produziert werden, alle Produktionen richtig ineinandergreifen und sich nicht fortgesetzte Verschwendungen und Fehlleistungen ergeben, die bewirken, daß die physischen Produktionssteigerungen sich nur nach einem ungewöhnlich hohen Abzug und mit qualvoller Langsamkeit in eine Besserung der Güterversorgung umsetzen.

Und die Sowjetunion bietet den sogenannten unterentwickelten Ländern als Handelspartner tatsächlich große Vorteile. Da ist ein riesiger Block, der zentral disponiert, wer was liefert und welcher Dritte oder Vierte dafür den burmesischen Reis oder den indonesischen Gummi hereinnimmt. Also nicht Geschenke, denen das Odium politischer Hintergedanken anhaftet, sondern ein echter Gütertausch: landwirtschaftlicher Überschuß gegen Investitionsgüter. Durch geschickte Kreditpolitik und großzügige Schulungsprojekte versteht es die Sowjetunion, den Entwicklungsvölkern klarzumachen, daß sie «brüderlich» bereit ist, in scheinbar uneigennütziger Freundschaft den auf Unabhängigkeit bedachten Völkern Hilfe zu gewähren, während die Westmächte offenbar nur auf ihren kapitalistischen Vorteil bedacht sein sollen.

Prof. *Debio*, Marburg, umreißt in scharfen, beängstigend pessimistischen Zügen diese weltpolitische Situation und meint ernüchternd, der Westen arbeite vorläufig in den Entwicklungsländern psychologisch schicksalhaft bedingt «mit dem abnehmenden Mond» zusammen, während der zunehmende Mond dem Kommunismus leuchte. «Was tun?» — Der Weg ist klar vorgezeich-

net. Der Westen muß gemeinsam und in ganz großem Stil an die Entwicklung jener Gebiete des Nahen und Fernen Ostens herangehen, muß langfristige und vor allem billige Kredite gewähren. Muß sich um die Ausbildung wissenschaftlicher und technischer Kräfte kümmern, entweder durch Errichtung entsprechender Ausbildungsstätten an Ort und Stelle oder durch Gewährung von Stipendien in Europa und Amerika. Keine vernünftige Investition ist zu groß, gemessen an dem Ziel, diese Gebiete dem Kommunismus, der sich ihrer auf «friedliche» Weise zu bemächtigen trachtet, aus den Klauen zu reißen und sie auf eigene Füße zu stellen!

*

Im Verlaufe der 4. Studientagung des Ost-Kollegs krönenden Podiumsgesprächs kann es nicht ausbleiben, daß alsbald das Stichwort Atombewaffnung fällt. Die Meinungen gehen diametral auseinander, hart und zäh wogt die Debatte. Die Diskussion hat für einen Ausländer vielleicht etwas merkwürdig Irreales, Phantastisches. Die lähmende Angst- und Atomtodpsychose,

diese kollektive Emotion im deutschen Volke entspricht sicher den Absichten der kommunistischen Friedenspropaganda. Der Kreml lebt wahrlich von der Anfälligkeit des Westens für Illusionen! Es ist unverantwortlich und gefährlich, in den des Kalten Krieges müde gewordenen Massen die Illusion zu erwecken, daß es für Deutschland möglich sei, sich durch den Rückzug aus der großen Politik die Sicherheit vor der Atombombe und ein Dasein in Ruhe und Frieden, ein «Glück im Winkel» zu erkaufen.

Das Ost-Kolleg gibt allen Teilnehmern reichlich Stoff zur geistigen Verdauung mit auf den Heimweg. Alle aber sind gestärkt in der nüchternen Einsicht, daß der freien Welt als Ganzem die unausweichliche Auseinandersetzung mit dem Kommunismus und die ständige Wachsamkeit gegenüber der Drohung aus dem Osten als die «Bürde dieser Zeit» auferlegt ist und kein Volk sich von ihr entlasten kann, ohne alle andern zu gefährden. Wir leben seit 1945 den Zustand des Welt dualismus. Tertium non datur!

Markus Herzig